
Denn sie wissen nicht, was sie wissen sollten

Der neue Vertrag zwischen dem Verein JugendKulturHaus Provisorium 8 und der Einwohnergemeinde stand fristgerecht. Doch während der letzten Budgetdebatte im November schien niemand davon zu wissen.

von Franziska Monnerat

Der politische Druck auf das Provisorium 8 hält an. Der Stadtrat liess im Mai 2014 mit der Begründung, das Angebot sei «nicht mehr zeitgemäss» verlauten, dass er sämtliche Beträge für das Jugendkulturhaus streichen wolle. Doch diese Idee stiess im Parlament auf Widerstand, die Jugendmotion «Save the Provi» auf Zuspruch. Also erhielt das Provisorium 8 eine zweite Chance und damit weiterhin Geld von öffentlicher Hand – wenn auch 20 000 Franken weniger als die Jahre zuvor. Das Gemeindeparlament stellte jedoch die Bedingung, dass eine neue Leistungsvereinbarung ausgehandelt werde. So sollte bis November 2015 nachgeholt werden, was Luisa Jakob (Junge SP) bereits im Juni 2014 in einer dringlichen Motion vom Stadtrat gefordert hatte. Also machte sich eine Projektgruppe an die Arbeit, um den Grundstein für die Neuausrichtung der Oltner Jugendarbeit zu legen. Ueli Kleiner, Leiter der Direktion Bildung und Sport, und

dessen Vorgesetzter, Stadtpräsident Martin Wey, trafen sich dabei mit Vertretern des Provisorium 8, der Schulsozialarbeit sowie der Schulleitung Sek I.

Am 26. November 2015 versammelte sich das Oltner Gemeindeparlament im Parterre des Stadthauses. Die hölzernen Sitzreihen im Saal füllten sich, auf den Tischen türmten sich die Unterlagen. Wenn auch nicht zuoberst auf dem Stapel, zumindest zuvor in den Köpfen der Parlamentarier: das Budget 2016. Wichtige finanzielle Entscheidungen standen an.

SVP BEANTRAGT DAS PROVI 8 BUDGET ZU KÜRZEN

Wer ändern wollte, was der Stadtrat vorgeschlagen hatte, äusserte sein Anliegen. So auch Matthias Borner (SVP). Das Provi 8 habe überteuerte Handyabonnemente und gebe auch anderweitig unnötig viel Geld aus, so Borner. Er beantragte das Budget des Ju-

gendhauses um 30 000 Franken zu kürzen. Dabei berief sich Borner auf Zahlen aus der aktuellen Rechnung des Provi 8. Als einziger Gemeinderat hatte er – wie bereits ein Jahr zuvor – bei der städtischen Finanzverwaltung Einsicht in die Rechnung verlangt. Dies bestätigt deren stellvertretender Leiter Adolf Schmid auf Anfrage von KOLT. Borner untermauerte seinen Antrag also mit handfesten Zahlen.

Als erster antwortete Heinz Eng (FDP) auf Borners Antrag. Eng – wie Borner Mitglied der Geschäftsprüfungskommission – verwies auf die Leistungsvereinbarung, welche bald Lösungen dieses Problems liefern solle. Das Stichwort Leistungsvereinbarung rief die FDP auf den Plan, welche die Meinung vertritt, dass das Provi 8 von Stiftungen und Sponsoren bezahlt werden solle. Fraktionspräsident Urs Knapp ergriff das Wort und fragte nach: «Gibt es eine Leistungsvereinbarung für das Provisorium 8? Wenn ja, wie lange läuft diese und wann kann man als

Parlament handeln?» Stadtpräsident Martin Wey, zuständig für die Direktion Bildung und Sport und damit für die Jugendarbeit, war an der Sitzung krankheitsbedingt abwesend.

DER STADTRAT INFORMIERT FALSCH

So antwortete sein Stellvertreter Stadtrat Thomas Marbet: «Es gibt eine Leistungsvereinbarung. Sie gilt unter Vorbehalt des Budgets noch bis zum Ende des nächsten Jahres, wird aber, zusammen mit den Verantwortlichen des Provi 8, überarbeitet.» Mit anderen Worten: Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, die Verantwortlichen haben den Zeitplan nicht eingehalten, das Ziel einer neuen Leistungsvereinbarung nicht erreicht. Fakt ist: Dem Stadtrat lag das fünfseitige Dokument zu diesem Zeitpunkt längst vor. Am Montag, den 2. November 2015, also keinen Monat vor der Parlamentssitzung, wurde es genehmigt. Das lässt sich online auf der Homepage der Stadt Olten nachlesen. Der positive Beschluss zum Geschäft erschien drei Tage nach der Sitzung des Stadtrats auf der Website der Stadt Olten.

NUR ZWEI STIMMEN HÄTTEN GEFEHLT

Niemand intervenierte, weder der Leiter der Direktion Bildung und Sport, Ueli Kleiner, noch der Betriebsleiter des Provisorium 8, René Hermann. Beide waren im Raum anwesend, beide waren massgeblich am Projekt «Jugendarbeit Olten» beteiligt. Dass Hermann, der wenige Wochen später seine Kündigung einreichte, schwieg, verwundert nicht, war er doch nur als Gast anwesend. Am Schluss der Diskussion stimmte das Ge-

meindeparlament ab. Borner's Antrag scheiterte nur knapp. 20 Parlamentarier stimmten dafür, 21 dagegen. In vier Tranchen erhält der Betrieb des Provisorium 8 also während dem laufenden Jahr wiederum einen Beitrag von 242 000 Franken. Fast wären es 30 000 Franken weniger gewesen. Eine wesentliche Summe angesichts der Tatsache, dass rund 72 000 Franken für die Miete wieder zurück in die Stadtkasse fliessen und somit unter dem Strich 170 000 Franken bleiben.

GEMEINDEPARLAMENT WEISS VON NICHTS

Zusammengefasst lässt sich also sagen: Der Stadtrat stellte in jener Diskussion vom 26. November die Sachlage unzureichend dar. Er sorgte für Missverständnisse und spielte damit dem Antragsteller Borner in die Hände. Die Betroffenen schwiegen, anstatt zu berichtigen. Das Parlament wusste nichts von der längst eingereichten und vor kurzem genehmigten neuen Leistungsvereinbarung. Was darin steht, ist zwar Sache der Exekutive (Stadtrat) und für die Legislative (Gemeinderat) nicht relevant. Ob es eine Leistungsvereinbarung gibt oder nicht, ist jedoch eine grundlegende Information. Schliesslich entscheidet letztlich das Gemeindeparlament über das städtische Budget und damit auch über Beträge an Betriebe wie das Provisorium 8.

Die Frage drängt sich auf: Warum blieb diese Information auf der Strecke? Wie fliessen die Informationen vom Stadtrat ins Parlament? Der Stadtrat entscheidet über ein Geschäft und setzt es auf die Traktandenliste des Parlaments. Über diesen Vorschlag berät das Parlamentsbüro. Wenn festgelegt ist,

worüber diskutiert wird, gibt die Stadtkanzlei die Informationen weiter. Zuerst an die Geschäftsprüfungskommission und an die Parteipräsidenten, danach an das Gesamtparlament. Dieser Ablauf gilt für alle Sitzungen des Parlaments, Budgetdebatten eingeschlossen.

WER ETWAS WISSEN WILL, MUSS NACHFRAGEN

Stadtschreiber Markus Dietler führt aus: «Beim Budget handelt es sich um ein Gesamtpaket, bei dem jeder Posten hinfällig ist, wenn es nicht bewilligt wird, egal ob Büromaterial oder Leistungsvereinbarung.» In der Beilage sind Beiträge, die auf einer Leistungsvereinbarung basieren, mit einem Sternchen gekennzeichnet. Wer mehr wissen möchte, muss bei der zuständigen Direktion nachfragen. Es ist also eine Hol- und keine Bringschuld. Das gilt ebenso für die andere Seite: Die Leistungserbringer, in diesem Fall der Trägerverein des Provisorium 8, dürfen zwar das Parlament auf dem Laufenden halten, allerdings begrüssen dies – so Vorstandspräsidentin Nina Müller – nicht alle Politiker: «Es wurde uns gar vorgeworfen, Instanzen zu übergehen», so Müller.

Das Fazit, das sich anhand des Beispiels Leistungsvereinbarung Provisorium 8 ziehen lässt: Wer im Parlament sitzt und informiert sein will, muss aktiv werden. Dafür ist keine aufwändige Recherche vonnöten, sondern in erster Linie eines: Interesse. Interesse an Informationen als Grundlage für Diskussionen, als Grundlage für faire Entscheide.

Parlament entlasten, Globalbudgets einführen, Kompetenzen delegieren.

Das Oltner Budget in Global-Budgets aufzuteilen, würde das Parlament entlasten, den Anspruch an die Oltner Führungskräfte steigern und die allgemeine Diskussion auf eine strategische Ebene verschieben.

von Yves Stuber

Selbstverständlich sollten Handy- und vereinzelte Projektkosten irgend-einer Institution kein Thema einer Parlamentssitzung sein. Selbst die einzelnen Budgets der Institutionen und Leistungserbringer sollten nicht im Parlament diskutiert werden. Es gibt in der Oltner Jahresrechnung – abgesehen vielleicht vom Budget der Sozialregion Olten – keine exorbitant grossen Auffälligkeiten und somit auch keine Gründe für ein direktes Eingreifen des Parlaments in das politische Alltagsgeschäft. Nach der Lektüre der Traktanden und Protokolle der Parlamentssitzungen weiss der Bürger: Die Oltner Parlamentarier verschwenden viel Zeit und Ressourcen, indem sie sich fortlaufend mit Details zu Sachgeschäften befassen und über die Höhe einzelner, kleiner Budgets debattieren. Diese Debatten basieren auf persönlichen Meinungen und Vorurteilen. Argumentiert wird mit disparaten, zusammengetragenen Fakten, die jedoch unvollständig sind..

Franziska Monnerat stellt in ihrem Text fest, dass der Informationsfluss und die interne Kommunikation zwischen der Oltner Verwaltung, der Regierung und dem Parlament zu wünschen übrig lässt. Ein sachkundiges und über die einzelnen Geschäfte vollständig informiertes Parlament ist jedoch eine grundlegende Voraussetzung, wenn denn die Klärung wichtiger Details und die damit verbundenen Entscheide in der Kompetenz der Parlamentarier liegen.

Soll aber diese Entscheidungskompetenz wirklich beim Parlament liegen?

Sollte das Parlament als Volksvertretung und Kontrollorgan nicht eher über das grosse Ganze debattieren und nur bei groben Verletzungen intervenieren? Die Parlamentarier sollten globaler über eine langfristige Strategie, die übergeord-

neten Budgets und die mittelfristigen Investitionssummen diskutieren können. Globalbudgets bedeuten, dass kleinere, untergeordnete (Budget-)Posten stark zusammengefasst und in dieser Form kommuniziert werden. Die Details der einzelnen Budgets und Investitionen sollten an die Regierung und Ihre Departementsvorsteher delegiert werden. Dann liesse sich einfacher über wichtige Schwerpunkte diskutieren. Anregungen und kleinere Korrekturen aus der Bevölkerung in Form von Postulaten, Motionen und Anträgen würden die Politik ergänzen, aber nicht bestimmen. Ein Teil der Transparenz geht zwar verloren, aber eine auf das Wesentliche reduzierte Diskussion wäre so möglich.

Wenn es einem rhetorisch begabten Parlamentarier fast gelingt, kurz vor Jahresbeginn einer einzelnen Institution (die immerhin vertraglicher Leistungserbringer der Stadt Olten ist) kurzfristig fast 20 Prozent aus dem kommenden Budget zu streichen, dann herrscht ein politisches Ungleichgewicht. In der Diskussion um das Budget 2014 erreichte der damalige GLP-Vertreter Simon Haller mit einem Spontan-Antrag sogar, dass dem Kunstmuseum das Budget pauschal um 10 Prozent gekürzt wurde.

Mit solchen Aktionen greifen Volksvertreter als eigentliche Laien wesentlich und meist willkürlich in das Alltagsgeschäft ein – oft sehr kurzfristig, spontan und unter Einfluss der aktuellen Stimmungslage. Die Planungssicherheit geht verloren, die Entwicklung der Stadt wird unnötig verlangsamt und eine nachhaltige, konstruktive Diskussion wird verhindert. Durch dieses direkte Eingreifen zeigt das Parlament der Regierung und den Behörden indirekt, dass es ihnen nicht vertraut oder sie nicht für genügend kompetent hält, um die akuten Probleme zu lösen. Dieses Verhalten schadet unserer Stadt.

Jemandem Verantwortung abzugeben, beruht auf Vertrauen und ist Ausdruck einer höheren Erwartungshaltung.

Hätte der Stadtrat die Jugendarbeit des Vereins Provisorium 8 in ein solches Globalbudget – zum Beispiel «Soziale Sicherheit» – integriert, würde wahrscheinlich kein Parlamentarier über dieses bescheidene Budget sprechen wollen, das lediglich einen Tausendstel des Oltner Gesamtbudget ausmacht. Würde das Parlament über die Höhe der Subventionen an einen Verein Tanz Tage oder das Budget eines Kunstmuseums diskutieren, wenn diese in einem zusammengefassten Budget «Kultur» gar nicht einzeln aufgeführt wären? Das Parlament würde sich in diesem Fall beim zuständigen Departement informieren, wie dasselbe eine bestimmte Anzahl Prozente einsparen (oder erhöhen) kann und auf welche Bereiche es sich künftig konzentrieren will. Dann reden wir über mittel- bis langfristige Ziele und nicht über Handykosten. Die Kompetenz und Entscheidungsgewalt über den Inhalt des Budgets läge beim zuständigen Stadtrat und den zugehörigen Departementsleitern. Der Anspruch und die Erwartungshaltung an die Kompetenz der Oltner Führungskräfte wäre gleichzeitig wesentlich höher als heute, weil jede Stärke und jede Schwäche ungleich stärker offenbart würde.

Die Argumentation verschiebt sich automatisch auf eine höhere und somit strategische Ebene. Es ist nicht Sache der Museumsleitung oder des Jugendarbeiters, seine Arbeit verteidigen zu müssen. Sie beide sind Angestellte oder Vertragspartner, die ihren Job so gut machen, wie es ihre Vorgesetzten oder eben Vertragspartner erlauben. Und diesen Vorgesetzten muss ihre Kompetenz und Verantwortung hundertprozentig zugestanden werden, damit man sie überhaupt erst an der Ausübung derselben messen kann.